



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/160 - 15. Juli 1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Der Ausschussbericht über das A.A.	S. 1
England und die Wahl Eisenhowers -Bericht aus London-	S. 3
Nach der SED-Konferenz	S. 4

Wachsam bleiben !

H.P. Der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Prüfung der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst ist unbefriedigend. Die SPD-Fraktion hatte im Oktober 1951 eine Überprüfung der Personen verlangt, die durch ihr Verhalten während des Dritten Reiches heute geeignet sind, das Vertrauen des In- und Auslands und die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu gefährden. Es ist bezeichnend genug, dass es erst des Drängens der Opposition bedurfte, um hier Mißstände aufzudecken, die in dieser Form hätten niemals entstehen dürfen. Missgriffe waren auch beim Neuaufbau anderer Ministerien zu verzeichnen. Im Falle des Auswärtigen Amtes aber scheute man sich nicht, den Kern des Auswärtigen Amtes der Hitler Zeit fast en bloc zu übernehmen, ja, selbst Personen, die in der Personalabteilung unter Ribbentrop gedient hatten, wieder mit den gleichen Aufgaben in der neuen Dienststelle zu beschäftigen. Dafür trägt kein Geringerer als der jetzige Außenminister und Bundeskanzler Adenauer die volle Verantwortung.

Natürlich konnte das Versäunte durch einen noch so sorgfältig arbeitenden Untersuchungsausschuss nicht mit einem Schlage behoben werden. Dazu kam, dass diesem Ausschuss eine Reihe von objektiven Grenzen gesetzt waren. Er stellte fest, dass die Personalakten des alten Auswärtigen Amtes keinen echten urkundlichen Wert haben, und dass auch die Personalakten des neuen Amtes in einigen Fällen nur bedingt beweiskräftig sein können. Auskünfte aus dem Document Centre wurden nicht eingeholt. Weiter erschwerend wirkte, dass noch eine grosse Anzahl wichtiger Akten im alliierten Besitz sind, die zur Aufhellung der Zusammenhänge und Beurteilung dienlich gewesen wären. Neben diesen rein objektiven Begrenzungen hat der Ausschuss aber sich selbst durch die beschränkte Auswahl der zu befragenden Personen sehr enge

grenzen gesetzt.

Fest steht, dass interessierte Kreise von Anfang an einen wirklichen demokratischen Aufbau des A.A. nicht gewünscht haben. So hat z.B. Dr. Haas den Vorschlag gemacht, einen siebenköpfigen "Aufnahmeausschuss für den Auswärtigen Dienst" einzusetzen. Dieser sollte aus je einem Vertreter der grossen Bundesfraktionen, einem anerkannten Vertreter der deutschen Wissenschaft, einem Vertreter der Aussenhandelswirtschaft, einem Vertreter der Industriellenwirtschaft und einem Vertreter des DGB bestehen. Dieser Vorschlag wäre im Anfangsstadium dazu geeignet gewesen, von vornherein Personen auszuschalten, die nicht das nötige Vertrauen für eine demokratische Entwicklung gewährleisten. Blankenhorn hat dazu erklärt, dass "nach Auffassung des Bundeskanzlers dem Vorschlag nicht oder noch nicht stattgegeben werden sollte." Somit ist wieder klar gestellt, wo die letzte Instanz des Versagens zu suchen ist.

Von den untersuchten Personen werden vier aus dem Amt ausscheiden. In der Begründung ist man sehr vorsichtig gewesen. So hat man gebeten, in Anbetracht seines Alters und wegen Erreichung der Altersgrenze den Botschafter Grundherr aus dem Dienst scheidend zu lassen. Einige Zeilen später erscheint der wahre Grund, nämlich "im Interesse des deutschen Ansehens von einer Berichterstattung abzusehen". Im Falle Dittmanns hat man die versuchte Täuschung des Ausschusses als "absichtlich verschleierte Darstellung" umschrieben.

Mit Recht hat sich der Ausschuss gegen eine Verwendung Dr. Trützschlers im Ausland ausgesprochen. Die Gründe für diese Empfehlung wurden dem Bundesausserminister bereits am 4.5.52 mitgeteilt, sodass es mehr als taktlos war, Herrn Trützschler mit der deutschen Delegation zu den Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel und den jüdischen Organisationen in Den Haag zu schicken.

Unverständlich erscheint auch, dass der Ausschuss bei seinen Beratungen Dr. Wilde und Dr. Schwarz als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den Sitzungen zugelassen hat. Es ist nicht einzusehen, warum dies geschehen ist, zumal beide als Beamte der Personalabteilung als betroffen angesehen werden müssen und auch der Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis gekommen ist, dass Dr. Schwarz für eine Weiterverwendung in der Personalabteilung "ungeeignet" ist. Der schriftliche Bericht hat noch einmal deutlich gemacht, wie dilettantisch der vom Bundeskanzler beauftragte Dr. Schetter sich seiner Aufgabe unterzogen hat. Es ist kein Wunder, dass er zur völligen Reinwaschung der beschuldigten Beamten gekommen ist. Nun wird es sich zeigen, ob die Empfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses mehr Gewicht haben werden. Nach Aussagen des Staatssekretärs Prof. Hallstein gibt es noch 65,3% PG's an leitenden Beamten und Angestellten. Es muss daher gefordert werden, dass in Zukunft keiner, der der Politik des Dritten Reiches widerstandslos gedient hat, einen Einfluss auf die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes nehmen darf.

Der Bundestag hat jetzt die Möglichkeit, das einmal angekündigte Unheil wenigstens zu korrigieren zu können. Dies wird nur möglich sein, wenn man sich mit dem Ergebnis der Untersuchung nicht zufrieden gibt, sondern die 65% PG's etwas eingehender unter die Lupe nimmt. Es ist besser den oft angeführten Unruhefaktor noch einige Zeit länger inkassieren zu lassen, als mit anzusehen, was für ein Schaden der Bundesrepublik auf die Dauer entsteht, wenn sie nicht energisch bereit ist, die Verfallung mit dem Stabe des alten A.A. zu beseitigen. Herr Hallstein hat in dem erklärt, "dass wir jede Konsequenz ziehen werden, die sich aus den Ergebnissen ergibt". Das Wort hat jetzt die Bundesregierung, doch die demokratische Öffentlichkeit wird im ureigensten Interesse weiter wachsen sein müssen.

Grossbritannien und das "Weisse Haus"

B.C. London, Mitte Juli

Mit der Niederlage des Senators Taft ist wohl jedem Briten von rechts bis links ein schwerer Stein vom Herzen gefallen. Während noch der Kampf um die republikanische Kandidatur zwischen Taft und Eisenhower tobte, vermieden alle englischen Zeitungen irgendeine Parteinahme, doch wusste man aus dem, was man in Privatgesprächen hören und zwischen den Zeilen der Leitartikel lesen konnte ganz genau, dass die Sympathien ganz überwiegend nicht auf der Seite des Senators lagen. Viel zu gross war die Furcht, dass ein Präsident Taft mit seinem Anhang von General MacArthur, Senator McCarthy und sonstigen "wildern Männern" Amerikas, und damit angesichts der heutigen Weltlage auch seine Verbündeten, in kriegerische Abenteuer auf dem asiatischen Festland und damit in einen dritten Weltkrieg hineinzerrn würde. Eisenhowers sensationeller Sieg auf dem Republikanischen Parteikonvent bedeutete die Entmachtung der "China Lobby" und löste daher von der Nordsee bis zum Atlantik, von der Kanalküste bis zu den Shetlands einen millionenfachen Seufzer der Erleichterung aus.

Nächsten Montag, am 21. Juli, tritt ebenfalls in Chicago der Demokratische Parteikonvent zusammen, um den Kandidaten aufzustellen, der gegen Eisenhower um den Wohnsitz im "Weissen Haus" fechten soll. An diesem Parteitag ist das britische Interesse erheblich geringer. Wen sie auch aufstellen werden, in England weiss man, dass jeder der möglichen Kandidaten in der Aussenpolitik des Kurs Trumans (friedlichen Widerstand gegen jede Expansion des russischen Imperialismus, nicht aber militärischen Angriff) fortsetzen würde, und ist daher beruhigt.

So beliebt auch General Eisenhower bei den Briten als Persönlichkeit ist, so gross sein Ansehen als grosser General des zweiten Weltkrieges sein mag, - in England würde man lieber sehen, wenn ein Demokratischer Präsident am 4. November vom Volke gewählt und am 1. Januar ins "Weisse Haus" einziehen würde. Bei der demokratischen Administration weiss man aus zwanzigjähriger Erfahrung ganz genau, woran man ist. In den letzten vier Jahren hat sich zwischen London und Washington ein generelles und weitgehendes Einverständnis entwickelt, das

gerade dann wertvoll wird, wenn gelegentlich in Sonderfragen Meinungsverschiedenheiten entstehen.

Angesichts des amerikanischen Systems, bei einem Parteiwechsel die ganze Verwaltung vom Präsidenten bis hinunter zum Briefträger und Polizisten personell zu verändern, müsste ein republikanischer Sieg an den Wahlurnen eine ganz neue Lage schaffen, die sich anfangs schwer übersehen liesse. Ausserdem ist Eisenhower Militär, und so bereitwillig man auch den General als General bewundert, ist man dennoch, oder gerade deswegen, von seinen politischen Fähigkeiten nicht ohne weiteres überzeugt. Man befürchtet, dass er, wie so oft, wenn ein Soldat in die Politik einsteigt, zum Werkzeug ehrgeiziger, unverantwortlicher Ratgeber werden könnte. Von "Ikes" guten Absichten ist man überzeugt - von denen seiner eventuellen Hintermänner weniger.

Dennoch denkt hier niemand daran, sich durch akzentuierte Stellungnahmen in den Wahlkampf der Vettern jenseits des Atlantik einzumischen. Jetzt, da die wirkliche Gefahr - ein Sieg Tafts und der "China Lobby" - glücklich abgewendet ist, hält man eine gewisse sportliche Spannung für durchaus angebracht, keineswegs aber irgendeine aktive Anteilnahme am Kampf um die Spitze des stärksten Staates der Erde.

+ + +

SED-Konferenz und deutsche Einheit.

Von Willy Brandt, MdB - Berlin

Der Verlauf der SED-Konferenz in Ostberlin war ebenso wenig wie die rücksichtslose Abschnürung der Sowjetzone geeignet, eine Bereitschaft des Kreml zur Verständigung über die deutsche Frage vermuten zu lassen - vorausgesetzt, dass die Reden Ulbrichts und seiner Mitarbeiter die eigentliche Linie der Sowjets in der Deutschlandpolitik zum Ausdruck bringen. Das ist durchaus nicht gewiss.

Dass Ulbricht und seine Leute freie Wahlen fürchten wie der Teufel das Weihwasser, ist eine alte Weisheit. Wo der Kreml steht, muss nachwievordurch ernstgemeinte Viermächteverhandlungen geklärt werden.

Die SED-Konferenz bildete den Ersatz für einen an sich fälligen Parteitag. Sie stand im Zeichen der forcierten Herauslösung aus dem gesamtdeutschen Zusammenhang - im Zeichen des "Sozialistischen Aufbaus" soll der Vorsprung der Volkdemokratien eingeholt werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet will man die Staatsbetriebe weiterhin stärken und die Landwirtschaft nach sowjetischem Vorbild reorganisieren. Administrativ werden die fünf Länder abgeschafft und durch fünfzehn "Bezirksräte" ersetzt. Perverser Hass dient als Begleitmusik zur Formierung der "nationalen Streitkräfte".

Ulbricht und Pieck und die von ihnen dirigierte Einheitspresse haben allerdings zugegeben, dass der Kurs auf verschärfte Volksdemokratisierung beträchtlichen Widerstand ausgelöst hat. Es lässt sich einfach nicht verheimlichen, dass die Bevölkerung mit der bisher noch volkspolizeilich getarnten Reaktivierung nichts zu tun haben will. Der Widerstand in den Grossbetrieben ist so stark, dass er auf den Konferenzen wiederholt angesprochen wurde. Den parteifeindlichen, wankelmütigen und "objektivistischen" Elementen innerhalb der SED ist nochmals der Kampf angesagt worden.

Das alles sind Vorgänge, die genau beobachtet werden müssen. Dabei taucht dann die Frage auf, was man von dem gesamtdeutschen Passus der Rede des sedistischen Generalsekretärs zu halten hat. Von 206 Manuskriptseiten war eine einzige dem Problem der deutschen Einheit gewidmet! In diesem kurzen Abschnitt befand sich jener Passus, dass Sonderabkommen eines Teiles von Deutschland in keinem Fall eine künftige gesamtdeutsche Regierung verpflichten könnten.

Diese Erklärung wirkte wie ein Fremdkörper im Ulbricht'schen Elaborat. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Politik der verschärften Bolschewisierung (und damit einer vertieften Spaltung) mit gesamtdeutschen Phrasen ausgeschmückt würde. Aber es ist auch schon früher vorgekommen, dass die Parteigewaltigen der SED in ihre Reden Wendungen aufnehmen mussten, die in ihrem ursprünglichen Manuskript nicht enthalten waren. Und der aufmerksame Beobachter wird wissen, dass sich die sowjetische Aussenpolitik mit Vorliebe einer Politik der Nebensätze bedient.

Die Propagandisten der Politik des Bundeskanzlers verweisen auf die Proklamationen der SED-Konferenz, um zu erklären, jetzt müsse doch auch dem Letzten klar geworden sein, dass es mit der Ostseite keine Verhandlungen geben könne. Diese Argumentation ist wenig logisch. Denn gestern noch hiess es, die sowjetische Deutschlandpolitik ersträbe eine Neutralisierung Deutschlands (wolle also zum mindesten Verhandlungen), und dazu könne man auf keinen Fall Ja sagen. Wenn die letzten Ulbricht-Thesen das Wollen des Kreml richtig ausdrücken, würde das bedeuten, dass sich die Sowjets zu etwas ganz anderem als einer "Zwischenlösung" für Deutschland entschlossen hätten. Gerade auch nach der SED-Konferenz besteht ein deutsches Interesse an einer Klärung der Situation durch Verhandlungen auf höchstmöglicher Ebene. Dem Kreml selbst muss die Frage gestellt werden, was er in Ostberlin hat sagen wollen.